Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag, 9. Dezember 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 6080—88. Postschek Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 Gm. in Berlin durch Boten

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 48. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Bezahlung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedeutsame Anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

9. 12. m Nr. 579 10 Pfennige
63. Jahrgang.

Die neuen Länderparlamente.

Preußen.

Das vorläufig abschließende amtliche Ergebnis der preußischen Landtagswahl stellt sich wie folgt: Es entfielen auf die Sozialdemokraten 4,522 Millionen Stimmen, auf die Deutschnationalen 4,303, auf das Zentrum 3,175, auf die Kommunisten 1,772, auf die Deutsche Volkspartei 1,765, auf die Nationalsozialisten 0,450, auf die Demokraten 1,071, auf die Wirtschaftspartei 0,451, auf die Deutsch-Hannoveraner 0,256 Millionen, und auf die nationalen Minderheiten 85 000 Stimmen.

Es erhielten:

	Mandate (bisher)
Sozialdemokraten	113 (136)
Deutschnationale	109 (71)
Deutsche Volkspartei	41 (57)
Zentrum	70 (70)
Demokraten	27 (26)
Wirtschaftspartei	11 (4)
Hannoveraner	6 (5)
Kommunisten	41 (27)
Nationalsozialisten	11 (—)
Minderheiten	2 (1)

Braunschweig.

tl. Braunschweig, 8. 12. (Eigenbericht). Wie die „Braunschweigische Landeszeitung" meldet, hatten die Landtagswahlen in Braunschweig folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze
Sozialdemokraten	105 628	18
Deutschnationale	55 494	10
Deutsche Volkspartei	41 781	10
Zentrum	4 782	—
Kommunisten	13 125	2
Nationalsozialisten	9 757	1
Demokraten	15 230	2
Wirtschaftsliste	24 287	4
Welfen	9 026	1

Der Bürgerblock (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftsliste, Welfen und Zentrum) hat mit 25 Sitzen die absolute Mehrheit im Landtage. Damit ist auch in Braunschweig die rote Herrschaft gebrochen und das Schicksal der jetzigen Regierung besiegelt.

Der bisherige Landtag setzte sich zusammen aus:

Sozialdemokraten	29 Sitze
Deutschnationale	10 „
Deutsche Volkspartei	12 „
Zentrum	— „
Kommunisten	1 „
Nationalsozialisten	— „
Demokraten	6 „
Fraktionslose	2 „

Die letzten Wahlen waren am 21. Januar 1922.

Hessen.

	Mandate (Bisher)
Deutschnationale	5 (1)
Deutsche Volkspartei	10 (10)
Bauernbund	9 (10)
Zentrum	11 (15)
Nationalsozialisten	1 (1)
Demokraten	6 (5)
Sozialdemokraten	26 (26)
Kommunisten	4 (2)
Volksrechtler	1 (1)

Der alte Landtag war am 27. November 1921 gewählt worden.

Bremen.

	Mandate (Bisher)
Deutschnationale	13 (12)
Deutsche Volkspartei	28 (26)
Hausbesitzer	8 (3)
Zentrum	2 (2)
Demokraten	14 (16)
Sozialdemokraten	47 (36)
Nationalsozialisten	4 (7)
Kommunisten	5 (18)
Bodenreformer	1 (1)

Die alte Bürgerschaft bestand seit dem 18. November 1923.

Reichstagszusammentritt.

Der Zusammentritt des neuen Reichstags wird aller Voraussicht nach nicht mehr in diesem Monat, sondern erst in den ersten Tagen des Januar erfolgen, da die endgültige Feststellung der Wahlergebnisse infolge des vorgenommenen Doppelmandats zum Reichstag und Landtag erst in den letzten Tagen des Monats Dezember zu erwarten steht.

Die Einberufung des Reichstags erfolgt durch den bisherigen Präsidenten, der nach Artikel 27 der Reichsverfassung bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags im Amte bleibt.

*

Der Preußische Staatsrat tritt Dienstag, den 9. Dezember, nachmittags 5 Uhr, zur Erledigung der laufenden Geschäfte zusammen.

Um den Lohnschiedsspruch im Ruhrbergbau.

In einem Teil der Presse ist die Nachricht verbreitet worden, daß der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für den Ruhrbergbau endgültig abgelehnt habe. Die Meldung trifft in dieser Form nicht zu. Wie wir erfahren, hat Reichsarbeitsminister Dr. Brauns es zunächst abgelehnt, die Verbindlichkeitserklärung auszusprechen, da gegen sie noch einige Bedenken bestehen; zweifellos hält Dr. Brauns mit Rücksicht auf die Tatsache, daß eine Lohnerhöhung für wünschenswert und notwendig; dagegen sprechen aber noch einige Momente, wie die Frage der Knappschen, bei deren wirtschaftlicher Lage mit der nahelegenden Besorgnis einer Stillegung und somit Arbeitslosigkeit der in ihnen beschäftigten Arbeiter zu rechnen ist. Diese Zweifelsfragen müssen noch geklärt werden, und es sollen daher Vertreter des Reichsarbeitsministeriums noch mit den Parteien vorausichtlich am nächsten Mittwoch in einer weiteren Besprechung zusammenkommen.

Reichskanzler Marx und Reichsaußenminister Stresemann haben an die Zentralleitung des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen aus Anlaß der Feier ihres 50jährigen Bestehens Begrüßungstelegramme gerichtet.

Widerhall der Wahlen.

Berliner Pressestimmen.

„Deutsche Tageszeitung":

Sieht man sich den Gesamtverlauf der alten Mitte an, so geht er äußerlich ganz in eine Richtung bedeutet jedenfalls gegenüber der Absicht, sie auf ein paar frommte Reine zu stellen, ein glattes Fiasko. An diesen Fiasko sind auch die Demokraten beteiligt, die gerade Himmel und Hölle und die recht experimentierende Judenschaft aufs Intensivste in Bewegung gesetzt haben, für die sich Sozialdemokratie und Reichsbanner nahezu aufopferten, deren Presse mehr als Menschenmöglichkeiten in der Verunglimpfung und Verleumdung der Rechten getan hat, deren Kandidaten um ein viertel oder halb Zutzend Mandate aber für sich von ihnen investierte Mühe so gut wie bedeutungslos ist.

„Kreuzzeitung":

Wir alten aber können wie ja unsere Freunde einen neuen Sieg der Deutschnationalen Partei verzeichnen. Aber das bis jetzt vorliegende Resultaten haben sie bereits ihre Mandatszahl von 71 auf 109 überschritten. Es ist dies um so bemerkenswerter, weil sich die Partei in der Oeffentlichkeit befand. Gegen sie galt der Ansturm nicht nur der Sozialdemokraten und Demokraten, sondern ganz zum Teil auch der Mittelparteien, insbesondere des linken Flügels des Zentrums. Auch die National-Sozialisten haben es fleißigst gemacht, lebhafter Agitation gegen die Deutschnationalen nicht fehlen lassen.

„Lokalanzeiger":

Soll der Sinn des Wählergebnisses nicht gewaltsam gebeugt werden, so ist der Wunsch nach einer großen Koalition im Reich heute unerfüllbarer als zuvor, und — was wege ist — in Preußen das Ende dieser widernatürlichen Koalition gekommen. Der glaubt jemand im Ernst, nach diesem Wahlergebnis könnte z. B. Herr Stresemann seine Partei nach links abbringen, ohne sie zu zerspalten? Glaubt jemand im Ernst, die Wähler und Gewählten der Deutschen Volkspartei fänden nach diesem Wahlkampf, in dem sie von Demokraten und Sozialdemokraten aufs unflätigste mit Dreck beworfen und insultiert worden sind, die innere Moralität, sich mit diesen entsinnlichen Herrschsüchten wieder auf eine Bank zu setzen und ihnen die sauren Trauben vom Gesänder zu lesen?

„Der Tag":

Wir wollen — nachdem wir in unserem Blatte der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, einer schwarz-weiß-roten Partei gleichfalls die Stange gehalten haben — gar keinen Zweifel darüber lassen, daß unseres Erachtens ein Bündnis der Volkspartei mit den Schwarz-Rot-Gelben überhaupt nicht in Frage kommen kann. Wir können uns auch nicht vorstellen, daß Stresemann nach diesem Wahlkampfe, den er gegen Demokraten geführt hat, der Meinung sein sollte, daß sich ein volksparteilich-demokratisches Bündnis wieder aufziehen läßt, jedenfalls kein Bündnis in der schwarz-rot-gelben Zusammenstellung, denn in ihr wäre die Volkspartei, nach dem starken Ansturmchen der Sozialdemokrate, nur ein Anhängsel der Linken und würde vermutlich sehr wenig Einfluß besitzen.

„Deutsche Zeitung":

Die Wahlergebnisse zeigen doch nicht nur, daß die radikale Linke trotz ihrer gewaltigen Geldmittel und trotz des geradezu vorbildlichen Zusammenarbeitens so gut wie nichts mehr erreichen kann. Sie beweisen zugleich, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes schwarz-weiß-rot ist und nur infolge elender Uneinigkeit und Zerfahrenheit nicht das gelangt, ihren Willen durchzusetzen. Das ist die bittere Lehre dieser Wahl, und wir hoffen, daß sie endlich einmal beherzigt wird. Die Gegner suchten für eine sachliche und sachverständige Sache. Sie konnten besiegen nicht siegen. Auf unserer Seite aber ist das Recht, und dennoch haben wir nicht die Wahlsiege des Siegers behauptet.

Die „Germania":

Man kann weder von einem Ruck nach rechts noch nach links reden, vielmehr ist ein gewisses breiter Wählermassen nach der politischen Mitte festzustellen. Das Zentrum, der ruhende Pol der Mittelparteien, mit mit einem Gewinn von einigen Mandaten aus der Wahlschlacht hervorgehen. Gewinnlustige Stimmverschiebe, die wir in einzelnen Bezirken erlitten haben, werden durch Gewinne in anderen Wahlkreisen mehr als wett gemacht. Im ganzen darf das Zentrum, parteipolitisch gesehen, mit dem Ausgang der Wahl zufrieden sein.

Dr. Pachnicke im „Achtuhr-Abendblatt":

Daß sich das Zentrum spalten sollte, weil die Wirth-Gruppe widerstrebt, ist nach seinen durch den konfessionellen Instinkt bedingten Traditionen unwahrscheinlich. Liegt aber hier die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung, dann wird sich die Volkspartei erst recht weigern, die Kombination zu stützen, die der Sozialdemokratie den Hauptteinfluß gewährt.

So spricht einstweilen viel für das Zustandekommen einer bürgerblock, den die Demokratie und Sozialdemokratie um jeden Preis vermeiden wollten. Und das ist die Ueberraschung, die der 7. Dezember brachte.

„Berliner Tageblatt":

Gewiß, auch die Deutschnationalen, und ebenso die — in Berlin trotz der Wählerdrei Stresemanns bedeutungslos gewordene — Deutsche Volkspartei können jetzt verziehen, sie hätten Stimmen gewonnen. Aber sie haben doch nur einfach den dritten antirepublikanischen Genossen, den völkischen Bruder, herbei. Diese völkische „Nationalsozialistische Freiheitspartei" verendet jetzt nach kurzem Glanze irgendwo im Chausseegraben, und der Feldherr Ludendorff wird sich nicht gerade heroisch aufnehmen, wenn er an der Spitze dieser tamponierten Truppe, seiner zehn oder elf Getreuten, in den Reichstag einmarschieren wird.

„Vossische Zeitung":

So haben alle drei republikanischen Parteien, die die Farben der deutschen Republik zu den ihren gemacht haben, einen starken Zustrom an Wählern gehabt, und das Gesamtwerbt hat 7. Dezember ist eine Stärkung der Republik.

Im Spiegel des Auslandes.

Echo aus Paris.

st. Paris, 8. 12. (Eigenbericht)

Die Ergebnisse der deutschen Wahlen sind heute nachmittag bereits ziemlich vollständig bekannt geworden. Eine eigentliche Stellungnahme erfolgte in der Presse bis jetzt nicht. Man feiert sich über die Erfolge der Sozialisten und Demokraten, staunt über die Erhaltung der Deutschnationalen und registriert erfreuert die Fortschritte der Volkspartei. Im ganzen kann man sagen, daß das Ergebnis der Wahlen das keineswegs das erwartete gewünschte starke Linksbarkeit in Deutschland möglich macht, trotzdem sehr ruhig zur Kenntnis genommen wird. Darin liegt gewiß ein deutliches Zeichen für die eingetretene Beruhigung in der französischen Auffassung deutscher Dinge.

„Journal des Débats" hält die Regierung der Mitte für gesichert, und „Débats" erklärt das Zentrum als den Grundpfeiler.

Der „Temps" schreibt in seiner heutigen Abendausgabe zur Reichstagswahl: „Die gestrige Wahl bedeutet eine gewisse Reaktion gegen die monarchistische und revolutionäre Strömung, die den Wahlen vom 4. Mai ihren Stempel aufdrückte. Deutschland sucht seine politische Gleichgewichtslage zurückzugewinnen, was ihm aber nur mühsam gelingt. Wenn die Deutschnationalen im allgemeinen ihre Stellung verstärkt haben, so hat die Volkspartei in Berlin ziemlich schlecht abgeschnitten, während sie in der Provinz an Boden gewonnen. Die Haltung Stresemanns war sowohl von den Konservativen wie von den Republikanern getadelt worden. Das hat ihm aber, soweit aus den ersten Ergebnissen hervorgeht, bei den Wählern nichts geschadet. Die Sozialdemokraten scheinen im neuen Reichstag einen beträchtlichen Einfluß ausüben zu wollen, doch sind die Rechtsparteien noch kräftig, und die Aufgabe einer vorbehaft republikanischen Regierung kann unter Umständen ebenso schwer sein, wie sie es gestern war."

London über die Regierungsbildung.

mrk. London, 8. 12. (Eigenbericht)

Die Abendpresse beschränkt sich auf die Wiedergabe der von Reuter gemeldeten deutschen Wahlresultate ohne Kommentare. Die Stellungnahme der Presse zu einer schwarz-weiß-roten Regierung ist deshalb abgeschnitten, während sie in der Prüfung an Boden gewonnen. Die Haltung Stresemanns war sowohl von den Konservativen wie von den Republikanern getadelt worden. Das hat ihm aber, soweit aus den ersten Ergebnissen hervorgeht, bei den Wählern nichts geschadet. Die Sozialdemokraten scheinen im neuen Reichstag einen beträchtlichen Einfluß ausüben zu wollen, doch sind die Rechtsparteien noch kräftig, und die Aufgabe einer vorbehaft republikanischen Regierung kann unter Umständen ebenso schwer sein, wie sie es gestern war."

Der Spitzeldienst im Saargebiet.

Saarbrücken, 8. 12. (Wtb.) Die „Saarbrücker Zeitung" macht auf Grund der Bekenntnisse des ehemaligen geheimen Spitzels der Regierungskommission, Kennel, sensationelle Enthüllungen über den politischen Geheimdienst im Saargebiet. Der französische Präsident der Regierungskommission suchte seinerzeit vor dem Völkerbund die Berechtigung der berüchtigten „Zuchthausverordnung" durch den Hinweis auf gefährliche politische Spannungen im Saargebiet und das Treiben angeblicher geheimer Organisationen zu begründen. Da aber für das Treiben deutscher, auf Umsturz gerichteter Organisationen Beweise nicht zu erbringen waren, konstruierte die deutsche Polizeiverwaltung ihren Spitzel Kennel, sich in die Ortsgruppe eines vaterländischen Verbandes im Saargebiet aufnehmen zu lassen und von dort aus den Versuch zu unternehmen, unter allen Umständen einen Kartellzusammenschluß der vaterländischen Verbände im Saargebiet zustande zu bringen. Hierauf veranlaßte die oberste Polizeiverwaltung ihren Spitzel, Ende Dezember 1923 den erfolgreichen Versuch zu machen, den militärischen Leiter einer Sturmabteilung aus München für eine Reise nach Saarbrücken zu veranlassen. Die Regierungskommission hielt nunmehr eine Meldung verbreiten, der zufolge geheime Organisationen, die gewaltsam den durch den „Friedensvertrag" von Versailles geschaffenen Zustand beseitigen wollten, das Bestreben hätten, ihre Tätigkeit auf das Saargebiet auszudehnen. Da aber die Hausuchungen negativ verliefen, hätte sich mit der Klage gegen die Verleumdungen, ohne allerdings die vor aller Welt gegen die Saarbevölkerung erhobenen Vorwürfe zurückzunehmen.

Zusammentritt der Rhein-Zentralkommission.

d. Straßburg, 8. 12. (Eigenbericht)

Hier ist die Internationale Rhein-Zentralkommission wieder zusammengetreten. Sie wird sich vor allem abermals mit der Revision der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte beschäftigen sowie ferner mit der Rheinregulierung zwischen Basel und Straßburg.

Der elsässische Kalistreik beendet.

d. Straßburg, 8. 12. (Eigenbericht)

Der Streik im oberelsässischen Kalirevier ist beendet. Am heutigen Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich dahin verständigt, daß zu den bisherigen Lohnsätzen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Verhandlungen über die Lohnfrage sollen erst in zwei Monaten erfolgen. Die Arbeitgeber verzichten auf jede Maßregelung gegenüber den Streikenden. Ferner wurde in Zukunft keine Ueberstunden mehr geleistet. Ueber Tage gilt der Achtstundentag und unter Tage der Sechsstundentag.

Vorarbeiten zur interalliierten Finanzkonferenz.

st. Paris, 8. 12. (Eigenbericht). Die Interalliierte Finanzkommission hat ihre Arbeiten geschlossen, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Es wurden zwar diese Tabellen konstruiert, aber die drei Hauptfragen bleiben bis zum Eintreffen der Minister am 6. Januar unerledigt. Es handelt sich bekanntlich um die Bindung der Ruhrkosten, die Verteilung der Dawes-Milliarde und die Unterbindung der amerikanischen Forderungen von 1072 Millionen Besatzungskosten und 1260 Millionen Schadensersatz.

Wie uns unser Kopenhagener tz.-Berichterstatter depeschiert, wird der deutsche Gesandte Mutius am Sonnabend im „Studentersamfundet" einen Vortrag über Sören Kierkegaard und das gegenwärtige Deutschland halten.

Der Rechtsbruch wird Tatsache!

Reuternote über die Nichträumung von Köln.

mrk. London, 8. 12. (Eigenbericht)

Reuter meldet: „Es verlautet, daß England die Kölner Zone am 10. Januar nicht räumen wird. Der Bericht der interalliierten Kontrollkommission über den Stand der Entwaffnung in Deutschland wird in diesem Monat fertiggestellt werden. Eine Entschädigung über diese Frage wird von den Alliierten auf der Grundlage dieses Berichtes gemeinsam getroffen werden. Es ist der Wunsch geäußert worden, daß die Räumung des Ruhrgebiets und der Kölner Zone gleichzeitig erfolgen möge."

Der Bericht der Kontrollkommission wird zunächst der Botschafterkonferenz überreicht und dann an die alliierten Regierungen zur Beratung durch ihre militärischen Sachverständigen gesandt.

*

So wird also der neue Versuch gegen die feierlichen Verpflichtungen, die die Alliierten in Versailles auf sich genommen haben, zur Tatsache. Pariser und Londoner Pressestimmen hatten im Laufe der vorübergehenden Woche täglich darauf vorbereitet. Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, daß diese Haltung der englischen und französischen Regierung ein glatter Bruch des Versailler Diktats ist, denn Deutschland hat die ihm in Versailles und im Londoner Dawes-Plan auferlegten Verpflichtungen restlos erfüllt oder ist im Begriff, sie entsprechend seinen Zusagen zu erfüllen. Das ist von kompetenter gegnerischer Seite schon oft anerkannt worden. Soeben erst kam weiter aus London die Nachricht, daß der Bericht der Militärkontrollkommission „als Ganzes zufriedenstellend" ausfallen werde. Ein Grund zur Hinausschiebung der Räumung der Kölner Zone liegt also tatsächlich nicht vor. Auch das Vorschieben „militärtechnischer Gründe", die infolge der — rechtswidrigen — Fortdauer der Ruhrbesetzung eine Räumung Kölns unmöglich machen sollen, ist nicht stichhaltig. Deutschland muß Verwahrung dagegen einlegen, daß zur Aufrechterhaltung einer Rechtswidrigkeit ein neuer Rechtsbruch begangen wird. Heraus aus dem Ruhrgebiet, Herr Herriot, wie Sie es längst versprochen haben, und alle Schwierigkeiten einer Räumung der Kölner Zone am 10. Januar sind vorgeblaßen!

Deutsche Fragen vor dem Völkerbundsrat

Danzig, Saargebiet und Oesterreich.

fr. Rom, 8. 12. (Eigenbericht)

Die Tagung des Völkerbundsrats wurde heute nachmittag, wie angekündigt, eröffnet. Salandra hieß im Namen der italienischen Regierung die Ratsmitglieder willkommen. Der neue Präsident des Rates, Mello Franco-Brasilien, begrüßte den englischen Außenminister Chamberlain. In seiner Erwiderung betonte Chamberlain, daß England im Vorraus die endgültige Entscheidung des Völkerbundsrats in der Irak-Frage annehme.

Es wurden dann einige Fragen ohne Erörterung erledigt. Betonnalich hat Danzig sich einer Liste von Handelsmissionen angeschlossen, die Polen mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Nach dem zwischen Danzig und Polen in Paris abgeschlossenen Vertrag hat der Völkerbundsrat jedoch das Recht, diese Verträge hinsichtlich Danzigs zu prüfen und eventuell sein Veto einzulegen. Der Rat beschloß in der heutigen Sitzung, da die Handelsverträge nicht im Widerspruch zu den besonderen Vereinigen und zu der Danziger Verfassung stehen, ein Veto nicht einzulegen.

Die zwischen Danzig und Polen schwebenden Streitfragen, vor allem die Ausfuhr Danziger Bürger aus Polen, der polnischen Eisenbahner aus dem Danziger Gebiet und der Hafenpolizei in Danzig, werden erst Ende dieser Woche vor dem Rat behandelt werden. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zwischen Polen und Danzig zu erzielen. Aufgerufen hat der Rat in dieser Tagung über die Verlängerung des Mandats des neuernannten Völkerbundskommissars in Danzig Mac Donnell hyo. über die Ernennung seines Konsulsorgans zu beschließen.

Die Delegation der Saarbevölkerung, die sich nach Rom begeben hat, besteht aus den Herren Schmelzer, Kommerzienrat Röchling, Rechtsanwalt Le Bacher und Rektor Martin. Zur Verhandlung wird von dem Saarkrogen die Schulangelegenheit gelangen. Man hofft, daß auch die Hoffrage von den Generalsekretariat des Völkerbundes infolge einer an dasselbe gerichteten dringenden Telegramms an den Rat verwiesen wird. Ob die weiteren Fragen, wie die Amnestiebeschlüsse, die französischen Militärs, erörtert werden, steht noch dahin.

Zur Frage des finanziellen Wiederaufbaus Oesterreichs gab heute der frühere österreichische Ministerpräsident Gründerger vor dem Rat im Namen der österreichischen Regierung die Erklärung ab, daß Oesterreich auch nach dem Rücktritt Seipels an den Genfer Protokollen und an den mit den Völkerbund getroffenen Vereinbarungen festhält.

Dieser Erklärung fügte Benesch (Tschechoslowakei) hinzu, er habe dieser Tage bei seinem Aufenthalt in Wien den Eindruck erlangt, daß Oesterreich mit allen Kräften das Sanierungswerk fortsetzt und zu Ende zu führen versucht.

Eröffnung der Mailänder Universität.

fr. Mailand, 8. 12. (Eigenbericht)

Gestern wurde die Mailänder Universität durch einen festlichen Festakt von ihrem Rektor magnifico, dem Bürgermeister von Mantua, Scalfi, von neuem eröffnet. Alle italienischen Universitäten und Hochschulen waren vertreten. Von deutschen Universitäten waren aus Berlin, Frankfurt a. M., München und Würzburg Gelehrtenabordnungen eingetroffen.

Die Untersuchung gegen den Faciistengeneral.

fr. Mailand, 8. 12. (Eigenbericht). Der Senatspräsident Tittoni hat die Klagesachrift gegen Senator General De Bono, die vorgestern vom Direktor des „Popolo" eingereicht worden ist, angenommen und gemäß Verfassung den Senat als hohen Gerichtshof erklärt. Die ständige Gerichtskommission des Senats befaßt sich mit der Klage und übermittelt sie dann dem Generalstaatsanwalt des Hohen Gerichtshofes.

Amerikanischer Funkdienst.

New York. Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	8. 12.	6. 12.		8. 12.	6. 12.
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,85	London	4,94¼	4,95¼
Amsterdam	40,43	40,41	Madrid	13,92	13,83
Brüssel	19,37	19,31	Bern	19,31	19,31
Kopenhagen	17,75	17,77	Prag	3,011	3,013
Rom	4,33½	4,33½	Wien	0,0000	0,0000
Athen	13,92	13,83	Bilbao		

*) Wiedereröffnet. Anz.

New York. Produktenmarkt.

	8. 12.	6. 12.		8. 12.	6. 12.
Kaffee Santos	26	26	Baumwolle	29,50	29,50
„ Rio I.	20¼	20¼	Baumwoll-Saat	35,75	35,75
„ Salvador	18,87	18,68	Petroleum	16,45	16,674
„ Santos	17,98	17,60	Talg	10¼	10¼
„ Mai	17,10	16,80	Schmalz	11,20	11,32
„ Dez.	16,50	16,24	Zucker	1,120	1,12
„ Sept.	15,90	15,70	Weizen	16,90	16,90
Kaffee-Terminhandel	23,56	23,30	Mais	2,00	2,00
„ Dez.	22,75	22,83	Getreidefracht	13,50	13,50
„ Jan.	23,22	22,95	Pennsylvanöl	2,85	2,85
„ März	23,58	23,23	Leinöl	1,00	1,02
„ April	23,74	23,50	Kupfer	3,36	3,38
Zucker	47,000	45,000	„ Mai	3,00	3,02
Kupfer (Elektr.)	14¼—14¼	14¼	Kupfer (exp. Stand.)	37¼	37¼
Zinn	55,00	55,25	Zinn	38¼	37¼
Blei	8,82	8,82	Kupfer	82,50	82,00
Zink	6,97	6,97	Zinn	77¼	76,25
Gummi	22,25	22,25	Gummi, R. Ctr.	23,45	23,15

	8. 12.	6. 12.		8. 12.	6. 12.
Getreide, Pfl.	179	176¾	Mais, Mai	7,00-7,75	7,00-7,50
Kartoffeln	173¾	171¾	Roggen, Sept.	2 sh 5 d	2 sh 6 d
Mehl	138¾	136¾	Sonntagsmehl	12 sta	11 sta.

Chicago. Produktenmarkt.

	8. 12.	6. 12.		8. 12.	6. 12.
Getreide Mai	158¾	157	Getreide, Mai	16,15	15,97¼
„ Juli	164	162¾	Hafer, Mai	13,50	13,05
Mais Mai	121¾	119¾	Gerste	14,00	14,00
„ Juli	126¾	124¾	Schweine, Mai	7,00	7,00
Hafer Mai	57¾	55¾	Schweine, Jahrbuch	8,90	8,90
„ Juli	62¾	61¾	Schweine, Juli	9,25	9,20
Roggen Dez.	135¾	134¾	Schweine, Jahrbuch	9,60	9,60
„ Mai	140¾	138¾	Schweine, Chicago	83 000	10 000
Schmalz Jan.	15,97¼	15,82¼	Schweine, Westinghouse	207 000	64 000

Deutsche Fragen vor dem Völkerbundsrat

Danzig, Saargebiet und Oesterreich.

fr. Rom, 8. 12. (Eigenbericht)

Die Tagung des Völkerbundsrats wurde heute nachmittag, wie angekündigt, eröffnet. Salandra hieß im Namen der italienischen Regierung die Ratsmitglieder willkommen. Der neue Präsident des Rates, Mello Franco-Brasilien, begrüßte den englischen Außenminister Chamberlain. In seiner Erwiderung betonte Chamberlain, daß England im Voraus die endgültige Entscheidung des Völkerbundsrats in der Irak-Frage annehme.

Es wurden dann einige Fragen ohne Erörterung erledigt. Betonnalich hat Danzig sich einer Liste von Handelsmissionen angeschlossen, die Polen mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Nach dem zwischen Danzig und Polen in Paris abgeschlossenen Vertrag hat der Völkerbundsrat jedoch das Recht, diese Verträge hinsichtlich Danzigs zu prüfen und eventuell sein Veto einzulegen. Der Rat beschloß in der heutigen Sitzung, da die Handelsverträge nicht im Widerspruch zu den besonderen Vereinigen und zu der Danziger Verfassung stehen, ein Veto nicht einzulegen.

Die zwischen Danzig und Polen schwebenden Streitfragen, vor allem die Ausfuhr Danziger Bürger aus Polen, der polnischen Eisenbahner aus dem Danziger Gebiet und der Hafenpolizei in Danzig, werden erst Ende dieser Woche vor dem Rat behandelt werden. In der Zwischenzeit soll versucht werden, eine Einigung zwischen Polen und Danzig zu erzielen. Aufgerufen hat der Rat in dieser Tagung über die Verlängerung des Mandats des neuernannten Völkerbundskommissars in Danzig Mac Donnell hyo. über die Ernennung seines Konsulsorgans zu beschließen.

Die Delegation der Saarbevölkerung, die sich nach Rom begeben hat, besteht aus den Herren Schmelzer, Kommerzienrat Röchling, Rechtsanwalt Le Bacher und Rektor Martin. Zur Verhandlung wird von dem Saarkrogen die Schulangelegenheit gelangen. Man hofft, daß auch die Hoffrage von dem Generalsekretariat des Völkerbundes infolge einer an dasselbe gerichteten dringenden Telegramms an den Rat verwiesen wird. Ob die weiteren Fragen, wie die Amnestiebeschlüsse, die französischen Militärs, erörtert werden, steht noch dahin.

Zur Frage des finanziellen Wiederaufbaus Oesterreichs gab heute der frühere österreichische Ministerpräsident Gründerger vor dem Rat im Namen der österreichischen Regierung die Erklärung ab, daß Oesterreich auch nach dem Rücktritt Seipels an den Genfer Protokollen und an den mit dem Völkerbund getroffenen Vereinbarungen festhält.

Dieser Erklärung fügte Benesch (Tschechoslowakei) hinzu, er habe dieser Tage bei seinem Aufenthalt in Wien den Eindruck erlangt, daß Oesterreich mit allen Kräften das Sanierungswerk fortsetzt und zu Ende zu führen versucht.

Keine Legendenbildung!

Die demokratisch-sozialistische Presse spiegelt deutlich die Enttäuschung wider, die man im Lager der Linken über die Wahlen vom 7. Dezember empfindet. Die Parteien, die sich mit Vorliebe republikanisch nennen, deren Republikanertum aber im wesentlichen darin besonden hat, die von ihnen vertretene Staatsform zu diskreditieren, hatten sich den 7. Dezember so ganz anders gedacht. Die Deutschnationalen sollten mindestens halbiert, die nationale Rechte im übrigen so geschwächt werden, daß die Regierungssozialisten, die man mit einem verächtlichen Nebensinn als Bürgerblock bezeichnen, ihre Mehrheit verlieren ist. Das deutsche Volk hat diese Illusionen mit unmißverständlicher Deutlichkeit zerstört. Die „Inflationswahlen" vom 4. Mai haben sich nach einjähriger wohltätiger Wirkung der Rentenmark am 7. Dezember wiederholt. Der neue Reichstag hat eine kleine Mehrheit der sozialbürgerlichen Volksparteien, wobei es zunächst sogar gleichgültig sein kann, ob die Demokraten in sie aufgenommen werden oder nicht, während die mit Sehnsucht erwartete Linksfraktion in der Minderheit geblieben ist.

Wie noch dem 4. Mai, so liegen auch nach diesen Wahlen die Schlußfolgerungen für die Regierungsbildung im Reich und in Preußen auf der Hand. Aber Zwang der Regierungsbildung sind eben nicht bloß Fragen der politischen Arithmetik, sondern solche der politischen Macht, und wie man nach dem 4. Mai im Namen der Demokratie den Willen des Volkes umfälschte, so versucht man jetzt wieder mit derselben Beharrlichkeit, den Sinn des Wahlergebnisses vom 7. Dezember zu verdrehen. Die demokratische Presse spricht von einem Siege von schwarz-rot-gold. Demgegenüber ist festzustellen, daß der staatsbejahende Block mit keinem, nach dem vorliegenden Wahlergebnis, 270 Mandaten (ohne Demokraten) einen erheblichen Vorsprung gegenüber der Linksfraktion mit nur 229 Mandaten hat.

Es ist übrigens vollkommen falsch, das Zentrum in Bausch und Bogen für Schwarz-Rot-Gold in Anspruch zu nehmen. Wie das Zentrum seit 1919 in den verschiedensten Koalitionen unter Schwarz-Rot-Gold positiv mitgearbeitet hat, so hat auch die Deutsche Volkspartei den offiziellen Reichsfarben nie ihre Achtung versagt, wenn auch ihre Liebe nach wie vor Schwarz-Weiß-Rot gehört, und ebenso sind auch die Deutschnationalen bereit, so lange unter den bestehenden Verhältnissen am Staate zu wirken, solange sie politisch gebieten. Das Zentrum für Schwarz-Rot-Gold im Sinne des Reichsbanners in Anspruch zu nehmen, dürfte diese Partei selbst am entschiedensten ablehnen. Wir erinnern an die Haltung des Zentrums in der Nationalversammlung zum unglücklichen Flaggenwechsel, und können weiter tat es auch sein, seinen jetzigen Parteitag in Berlin dem plumpen Anbiederungsversuch des Herrn Hörsing, der es für sein Reichsbanner einlegen wollte, die kalte Schulter gezeigt. Und was es mit den Blick nach links befestigt ist, von dem in der Reichsbannerpresse ein so großes Wesen gemacht wird, zeigen noch deutlicher als die Reichstagswahlen die zum Preußischen Landtag, weil sie den Abschluß eines längeren Zeitraumes der politischen Entwicklung bilden. Im preußischen Landtag von 1921 verfügte die Sozialdemokratie nach der Vereinigung mit den Unabhängigen über 136 Mandate, von denen sie jetzt 20 einbüßte, trotz allen Reichsbannertorrors und der massiven Propaganda der Regierung Braun-Severing. Das ist ein deutliches Verdikt gegen die große Koalition in Preußen, deren Wiederkehr um so weniger in Frage kommt, als eine gesunde deutsche Politik nur bei Homogenität der Regierung im Reich und in Preußen getrieben werden kann. Die bedeutende Rechtsentwicklung in den Ländern und die durch sie bedingte Zersplitterung bei den Reichsrätes macht, abgesehen von allem anderen, die große Koalition auch im Reich unmöglich.

Aber um den Eindruck des Rückganges der Linken zu verwischen, fälscht man einfach das Ergebnis der Preußen-Wahlen, indem man zum Vergleich nicht die sozialdemokratischen Mandatsziffern nach der Vereinigung, sondern die vor der Vereinigung heranzieht. Ein Fehler, der kaum als Verfehen, sondern als eine bew